



Parlament
Österreich

IV-202 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Bundesrates

Beratungen des EU-Ausschusses des Bundesrates

(Auszugsweise Darstellung)

Mittwoch, 15. Juli 2026

Beratungen des EU-Ausschusses des Bundesrates

(Auszugsweise Darstellung)

Mittwoch, 15. Juli 2026

Tagesordnung

- 1.) Aussprache über aktuelle Fragen in Angelegenheiten der Europäischen Union anlässlich der Präsentation des Ratsvorsitzprogramms Irlands 2. HJ 2026
- 2.) COM(2026) 113 final
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen/Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026-2030
[\(66384/EU XXVIII.GP\)](#)

Den Ausschussmitgliedern standen folgende Expertinnen und Experten zur Verfügung:

Botschafterin Barbara Cullinane

Erster Botschaftssekretär Justin Dolan

Vanessa Marent, MA (Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung)

Die Ausschussvorsitzende **Bernadette Geieregger** berichtete über eingegangene EU-Gesetzgebungsakte:

- Vorschlag zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/788 hinsichtlich der Befugnis der Kommission zum Erlass delegierter Rechtsakte
- Teile des GAP-Pakets
- das Fahrgastpaket

Von Seiten der **Länder** sind keine Stellungnahmen eingegangen.

EU-Ausschuss des Bundesrats befasst sich mit den Prioritäten des irischen EU-Ratsvorsitzes

Botschafterin Barbara Cullinane präsentierte den Mitgliedern des EU-Ausschusses des Bundesrats die Schwerpunkte des irischen EU-Ratsvorsitzes. Zudem befasste sich der Ausschuss mit der EU-Geschlechtergleichstellungsstrategie 2026–2030.

ÖVP und SPÖ brachten zur EU-Geschlechtergleichstellungsstrategie einen Antrag auf Mitteilung ein, der mit ihren Stimmen angenommen wurde. Seitens der Freiheitlichen gab es keine Zustimmung. Der Antrag hält fest, dass der EU-Ausschuss des Bundesrates grundsätzlich die von der EU-Kommission vorgestellte Geschlechtergleichstellungsstrategie begrüßt und die Kommission ermutigen will "weiterhin als Vorreiterin" im Bereich Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung zu agieren. Die Kommission solle entschieden dagegen auftreten, wenn in einem Mitgliedsland Frauenrechte beschnitten oder zurückgedrängt werden.

EU-Ratsvorsitz: Irland stellt Schwerpunkte vor

Irland setzt während seines EU-Ratsvorsitzes im zweiten Halbjahr 2026 unter dem Motto "Stärke durch Einheit" den Fokus insbesondere auf drei Kernthemen:

Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit sowie die Verteidigung der europäischen Werte.

Botschafterin Barbara Cullinane sagte, dass Irland den EU-Ratsvorsitz in einer kritischen Zeit übernehme, da die regelbasierte internationale Ordnung unter Druck geraten sei. Das Programm Irlands sei daher ambitioniert, um die europäische Agenda voranzubringen. Irland wolle zudem die Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zum Abschluss bringen.

Von **Stephan Auer-Stüger (SPÖ/W)**, **Julia Deutsch (NEOS/W)** und **Andreas Arthur Spanring (FPÖ/N)** auf die Verhandlungen über den MFR angesprochen, sagte die Botschafterin, dass die Kompromissfindung unter den Mitgliedstaaten äußerst schwierig sei. Denn die Vorstellungen hinsichtlich des Volumens, der Finanzierung sowie der Ausgabenprioritäten seien sehr unterschiedlich. Irland setzte sich dafür ein, ein ehrgeiziges Budget für die EU möglich zu machen. Ziel sei ein langfristiges Budget,

das dazu beitrage, das Leben der Bürgerinnen und Bürger in der EU zu verbessern.

Christoph Thoma (ÖVP/V) und **Andrea Eder-Gitschthaler (ÖVP/S)** sprachen sich für Dynamik beim Erweiterungsprozess der Westbalkanstaaten aus. Die **Botschafterin** betonte, dass sich Irland für die EU-Erweiterung stark mache, da auch Irland durch seinen eigenen EU-Beitritt stark profitiert habe. Am weitesten fortgeschritten sei derzeit der Beitrittsprozess von Montenegro, so die Botschafterin.

Andreas Arthur Spanring (FPÖ/N) und **Nikolaus Amhof (FPÖ/W)** sprachen sich gegen weitere EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aus, da sich diese nach wie vor im Krieg befinde, ein "massives Korruptionsproblem" habe und die mit einem Beitritt verbundenen Kosten ungeklärt seien. Die **Botschafterin** entgegnete, dass Irland alle EU-Beitrittskandidaten unterstütze. Obwohl sich die Ukraine noch im Krieg befinde, habe diese im Hinblick auf den EU-Beitrittsprozess bereits "große Fortschritte" erzielen können, was bewundernswert sei, so die Botschafterin. Der weitere Fortschritt im Beitrittsprozess werde unterstützt, sodass sich die Ukraine dem EU-Recht weiter annähern könne.

Eine Abkehr vom Green Deal der Europäischen Union forderten **Andreas Arthur Spanring (FPÖ/N)** und **Michael Bernard (FPÖ/N)**. Die Botschafterin betonte, dass der Schutz der natürlichen Umgebung Teil der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU sei. Der Kampf gegen den Klimawandel unterstütze die wirtschaftliche Resilienz Europas. Daher sei das Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2050 eine übergeordnete Priorität, sagte die **Botschafterin**.

Simone Jagl (Grüne/N) thematisierte die Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und forderte, dass es unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus zu keinem Abbau des Umwelt- und Konsumentenschutzes kommen dürfe. Zudem müsse bei der Regulierung von künstlicher Intelligenz die Einhaltung der Grundrechte sichergestellt werden.

Claudia Arpa (SPÖ/K) sprach das Thema Neutralität an und wollte von der Botschafterin wissen, wie Irland als neutraler Staat mit der derzeit komplexen geopolitischen Situation umgehe. Die **Botschafterin** wies darauf hin, dass Irland zwar

militärisch, aber nicht politisch neutral sei. Irland leiste als neutraler Staat seinen Beitrag zur internationalen Sicherheit, betonte sie.

ÖVP und SPÖ unterstützen EU-Genderstrategie mit Antrag

Als weiteren Tagesordnungspunkt behandelte der Ausschuss die EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026–2030. Mit einem Antrag auf Mitteilung drückten ÖVP und SPÖ ihre Unterstützung für diese Strategie aus, die von der Europäische Kommission im vergangenen März vorgelegt wurde. Die Strategie zielt darauf ab, die Rechte von Frauen umfassend zu stärken – von der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt bis zur Stärkung von Frauen in Politik und Arbeitsmarkt, sowohl in der gesamten EU als auch in den EU-Institutionen. Die Strategie werde von Österreich als "wichtiges Signal" der EU begrüßt und beinhalte ein breites Spektrum an Themen, führte eine **Expertin des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung** aus. Die Strategie sehe gezielte Maßnahmen sowie systematisches Gendermainstreaming vor. Dies betreffe zahlreiche Ressorts, da es sich beim Thema Gleichstellung um eine Querschnittsmaterie handle, sagte die Expertin.

Bernadette Kerschler (SPÖ/St) und **Simone Jagl (Grüne/N)** plädierten für klare Zuständigkeiten, da bei einer Querschnittsmaterie die Gefahr bestehe, dass sich niemand umfassend darum kümmere, weil das Thema ohnehin alle angehe. Jagl forderte daher klare Fristen und Budget, sodass die Ziele "rechtzeitig und ambitioniert" umgesetzt werden können.

Günther Ruprecht (ÖVP/St) betonte, dass innerhalb der EU beim Thema Lohngerechtigkeit "Commitment" nötig sei.

Es sei wichtig hinzuschauen, wenn es dazu komme, dass Frauenrechte zurückgedrängt werden, sagte **Claudia Arpa (SPÖ/K)** und sprach sich dafür aus, Buben und Männer verstärkt in den Gleichbehandlungsdiskurs miteinzubeziehen. Sie brachte einen gemeinsamen Antrag auf Mitteilung von ÖVP und SPÖ ein, der die Unterstützung der EU-Strategie ausdrückt. Hervorgehoben wird im Antrag unter anderem Handlungsbedarf beim Gewaltschutz, im Bereich Frauengesundheit und

Gendermedizin, im Bereich der künstlichen Intelligenz, in puncto Lohngerechtigkeit sowie bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Debatte zum Thema Gewaltschutz

Keine Zustimmung für den Antrag auf Mitteilung gab es von der FPÖ. Ein Antrag auf Mitteilung habe in Brüssel ohnehin keinerlei Wirkung, meinte **Andreas Arthur Spanring (FPÖ/N)**. Er kritisierte zudem, dass im Antrag von der "Gleichstellung der Geschlechter" anstatt der "Gleichstellung von Mann und Frau" die Rede sei. Aus seiner Sicht sei dies "links-woke Politik". Auch wenn einzelne Punkte im Antrag grundsätzlich unterstützenswert wären, sehe er darin auch "große Kritikpunkte", führte Spanring weiter aus. Denn beim Thema Gewaltschutz, werde so getan, als seien "alle Männer" Gewalttäter, meinte er. Dabei werde nicht dazu gesagt, dass "ein Großteil" der Gewalt durch offene Grenzen "importiert" worden sei, indem tausende Menschen ins Land gelassen wurden, deren Frauenbild in keinster Weise zu Österreich passe, so Spanring. Den Inhalt des Antrags bezeichnete er als "heiße Luft", da das Thema Grenzschutz darin gar nicht angesprochen werde.

Es sei "brandgefährlich" zu argumentieren, dass alle Männer als Gewalttäter gesehen würden, damit würden Männer nämlich in die Opferrolle gebracht, entgegnete **Bernadette Geieregger (ÖVP/N)**. Natürlich sei nicht jeder Mann ein Gewalttäter, es müsse aber angesprochen werden, dass es ein Problem von Gewalt an Frauen durch Männer gebe, so Geieregger. Niemand behaupte, dass alle Männer gewalttätig seien, unterstrich auch **Bernadette Kerschler (SPÖ/St)**. Fakt sei aber, dass Frauen immer wieder zu Gewaltopfern werden, sagte Kerschler und begann mit dem Verlesen einer Liste jener Orte in Österreich, in denen es in diesem Jahr bereits zu Femiziden gekommen ist.

Folgender Antrag auf Mitteilung von ÖVP und SPÖ wurde angenommen:

ANTRAG AUF MITTEILUNG

an die Europäische Kommission, den Rat und das Europäische Parlament

der Bundesrätinnen und Bundesräte Bernadette Geieregger, BA, MSc, Mag.^a Claudia Arpa,

betreffend TOP 2: COM (2026) 113 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen/Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026-2030 (66384/EU XXVIII.GP)

eingbracht in der Sitzung des EU-Ausschusses des Bundesrates am 15. Juli 2026

Die Präsidentin des Bundesrates wird ersucht, die folgende Mitteilung gemäß § 13b Abs. 9 GO-BR an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Rat zu übermitteln.

Der EU-Ausschuss des Bundesrates wolle beschließen:

Mitteilung an die Europäische Kommission, den Rat der EU und das Europäische Parlament gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG

Die Europäische Kommission hat am 5. März 2026 die Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter vorgestellt. Die Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter für den Zeitraum 2026 bis 2030 integriert die Gleichstellung in allen Lebensbereichen, sowohl online als auch offline, von Bildung und Gesundheit bis hin zu Arbeit und öffentlichem Leben, und befasst sich mit modernen Bedrohungen wie Cybergewalt und KI-bezogenen Risiken, von denen insbesondere Frauen betroffen sind.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Grundwert der EU und ein gemeinsames Anliegen der Organe der Europäischen Union, der Regierungen sowie der

Öffentlichkeit.¹ Die EU-Kommission führt in ihrer Strategie weiters an, dass die EU erhebliche Fortschritte auf dem Weg zu einer Union der Gleichheit erzielt hat und weltweit eine Vorreiterin im Bereich der Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung ist. Die europäische Bevölkerung kann sich auf einige der weltweit fortschrittlichsten Rechtsvorschriften zum Schutz ihrer Rechte, Schutz vor Diskriminierung insbesondere in der Arbeitswelt und zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt stützen. Die Gleichstellung der Geschlechter ist unverzichtbar für die Verwirklichung der strategischen Ziele der EU, die die Wahrung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, die Förderung des sozialen Zusammenhalts sowie die Stärkung von Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit umfassen. Gleiche Rechte und Chancen für Frauen und Männer in all ihrer Vielfalt sind von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung der lebendigen Demokratie in Europa, die Stärkung der Repräsentativität, der institutionellen Legitimität und der demokratischen Entscheidungsprozesse.

Der EU-Ausschuss des Bundesrates begrüßt grundsätzlich die von der EU-Kommission vorgestellte Strategie und möchte die Europäische Kommission ermutigen weiterhin als Vorreiterin im Bereich Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung zu agieren und entschieden dagegen auftreten, wenn in einem Mitgliedsland Frauenrechte beschnitten oder zurückgedrängt werden. Die weitere Förderung der Gleichstellung auf politischer und globaler Ebene ist gerade in Zeiten, die vielerorts von gleichstellungspolitischen Rückschritten geprägt sind, ein klares, starkes und wichtiges Zeichen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten für Demokratie und Menschenrechte. Auch die österreichische Bundesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm festgeschrieben, dass es keine Unterwanderung bzw. Rückschritte bei Frauenrechten geben darf.

Der Ausschuss möchte positiv hervorheben, dass die interdisziplinäre Herangehensweise explizit angeführt und auch die Wichtigkeit der Einbeziehung von

¹ Siehe Artikel 2 und Artikel 3 Absatz 3 EUV, Artikel 8, 10, 19 und 157 AEUV sowie Artikel 21 und 23 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

Männern und Buben genannt wird, die der Ausschuss ebenfalls als essenziell erachtet.

Die verstärkte Einbeziehung von Männern und Buben in den Gleichstellungsdiskurs und die Gleichstellungsbemühungen ist überfällig und alternativlos.

Das Handlungsfeld „Freedom from gender based violence“ wird besonders begrüßt, da Gewaltschutz und Maßnahmen in der Prävention eine wichtige Rolle spielen. Dass die Europäische Kommission hier insbesondere das Thema Cybergewalt anführt, ist wesentlich und entspricht den aktuellen Herausforderungen. Bezüglich der Fortführung der Bemühungen gegen geschlechtsspezifische Gewalt mit besonderem Schwerpunkt auf der Bekämpfung von Cybergewalt ist mit Blick auf die nationalen Gewaltstatistiken und die gesellschaftliche Relevanz des digitalen Raums ein entschlossenes und konsequentes Vorgehen der österreichischen und europäischen Politik wünschenswert und notwendig. Auch im Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung nimmt Gewaltschutz und Maßnahmen zur Prävention einen großen Stellenwert ein. Jüngst wurde der Nationale Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen vorgestellt, der einen Meilenstein in der Bekämpfung gegen die Gewalt an Frauen darstellt.

Frauengesundheit und Gendermedizin findet sich auch prominent im Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung wieder. Der EU-Ausschuss möchte daher untermauern, dass der Einsatz die Forschung zu erhöhen und hierfür finanzielle Mittel insbesondere im Bereich Frauengesundheit und Gendermedizin zur Verfügung zu stellen, begrüßt wird, ebenso wie die notwendige Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Wirkungen von Medikamenten aus einer Genderperspektive. Weiters ist die Wichtigkeit eines gleichberechtigten Zugangs für alle Mädchen und Frauen im Handlungsfeld Gesundheit hervorzuheben.

Auch die Herausforderungen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz im Bereich Arbeitsmarkt werden in der Strategie angeführt, etwa im Kontext von Stellenausschreibungen oder Besetzungen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema KI und möglichen geschlechtsspezifischen Auswirkungen in allen Aspekten wird auch seitens des EU-Ausschusses für essenziell erachtet.

Weiters positiv hervorzuheben ist, dass die Strategie sowohl die existierenden „Gender Pay Gaps“ und „Gender Pension Gaps“ betont als auch die Herausforderungen im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, da immer noch Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit leisten. Hier könnte u.a. ein Ausbau von Kinderbildungseinrichtungen einen wichtigen Beitrag zur sozioökonomischen Gleichstellung von Frauen und Männern leisten.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-08-10T08:34:44+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	